

Zukunft und Dank

Eröffnungsansprache von Theres Durrer zum Grossen Rat vom 20. Juni

Nachdem uns in den vergangenen Monaten vor allem die Gegenwart mit den aussergewöhnlichen Situationen beschäftigt hat, soll heute ein Blick in die Zukunft geworfen werden.

Das Thema einer Veranstaltung, die ich in diesem Frühjahr als Grossratspräsidentin besuchen durfte, war die Zukunft und wie sie gestaltet werden könnte. So wagten die Mitglieder des Jugendparlaments St.Gallen und beiden Appenzell an ihrer 45. Jugendsession einen Ausblick, wie ihr und auch unser Leben im Jahr 2050 aussehen könnte. In dieser Aussicht hatte alles Platz zwischen Utopie mit einer guten, schönen und friedfertigen Zukunft und dem Gegenteil, der Dystopie, das die Ängste beschreibt. Die Themen der verschiedenen Workshops über Sicherheitspolitik und Versorgung der Schweiz, Klima und Umwelt, Lernen und Bildung, die mentale Gesundheit in der Entwicklung und im Wertewandel wurden mit Fachpersonen vertieft.

Das Jugendparlament macht sich zur Aufgabe die politische Bildung sowie deren Teilnahme am politischen Geschehen auf allen Ebenen zu fördern. Die erarbeiteten Visionen für eine lebenswerte Zukunft wurden in einem offenen Brief an die Regierungen der drei Kantone weitergeleitet und dort hoffentlich auch gesehen. Im Eingangsreferat zur Session der Jugendlichen stand die Aussage: «Die Zukunft kommt auf uns zu oder wir gehen in die Zukunft». Eine Aussage, die im ersten Moment fast gleich tönt, aber nicht das Gleiche meint. Wollen wir uns von der Zukunft überrollen lassen oder möchten wir sie aktiv mitgestalten? Wir können selbst entscheiden. Die Hoffnung auf eine gute Zukunft ist der Ausgangspunkt für eine aktive, gemein-



Theres Durrer hielt zum letzten Mal die Eröffnungsansprache.

(Bild: H9)

same Gestaltung unseres Lebens, das wir nach unseren Wünschen und Idealen auszufüllen versuchen können.

Eine weitere Tagung war dem Thema Klima- und Energiepolitik gewidmet. Anhand vom sechsten Weltklimabericht wurde von der Klimatologin aufgezeigt wie West- und Zentraleuropa inklusive der Schweiz besonders vom Klimawandel betroffen sind. Sie warnte, dass es unbedingt nötig sei, die Notbremse zu ziehen und den Verbrauch von fossilen Energieträgern (Kohle, Öl, Gas) auf ein Minimum zu reduzieren oder ganz davon wegzukommen. Der Klima-

wandel findet hier und jetzt statt. Klimaextreme werden mit jedem zusätzlichen zehntel Grad Erwärmung häufiger und intensiver und betreffen auch uns ganz direkt. Die klimabedingten und kriegerischen Ereignisse zeigen uns ungeschönt auf, wie die Lieferketten und unsere Versorgungssicherheit ein fragiles Gut sind. Die erneuerbaren Energieträger müssen mit Hochdruck gefördert werden, um eine sofortige und rasche Abnahme der CO₂-Emissionen zu erreichen. Dabei sind die langwierigen Verfahren zu beschleunigen und der politische Wille umzusetzen. Da-

bei ist neben der Politik auch jeder Bürger und jede Bürgerin in ihrer Lebenssituation in der Pflicht das Beste für unsere Klimazukunft zu tun. Viele kleine Schritte bringen uns weiter.

Dabei darf die Sichtweise ruhig etwas weiter gehen. «Grenzenlos», die Ausstellung der IBK, die dieser Tage auch unseren Kanton besucht hat, zeigt uns die Zusammenarbeit im Bodenseeraum auf. Die angedachten Ideen bringen uns im öffentlichen Verkehr, in der Wirtschaft, kulturell, gesellschaftlich, aber auch klimatechnisch weiter. Nutzen wir diese Zusam-

menarbeit. Neben den grossen Zukunftsthemen stehen auch in Appenzell Innerrhoden wegweisende Ereignisse an. Die Verfassungsrevision soll unserem Kanton eine neue, der Zeit entsprechende Kantonsverfassung bringen. Dringend ist hier das Mitwirken der Frauen im Parlament. Die aktuelle Beteiligung von 22 Prozent Frauen im Innerrhoder Parlament repräsentiert die Bevölkerung überhaupt nicht. Diese Beteiligung sollte auf allen Stufen unbedingt nach oben korrigiert werden. Zuversichtlich stimmte mich dabei der Besuch im Gymnasium mit dem aktiven Mittun der Schülerinnen und Schüler. Auf der Website vom Jugendparlament steht «Politik ist kein Hobby einer Minderheit, sie geht alle etwas an», oder wie es Margreth Thatcher, zum Thema Frauen in der Politik etwas pointierter ausgedrückt hat: «Wenn du etwas gesagt haben willst, frage einen Mann; wenn du etwas erledigt haben willst, frage eine Frau.»

Zum Schluss meiner Amtszeit möchte ich meinen grossen Dank aussprechen. Für die grosse Wertschätzung, die diesem Amt und mir persönlich entgegengebracht wurde. Für alle guten Gespräche und Begegnungen. Im speziellen Danke sagen möchte ich euch allen hier im Parlament, der Ständekommission und der Ratskanzlei für das konstruktive und kollegiale Miteinander in diesem Jahr. Für etwelche Versäumnisse und Unzulänglichkeiten möchte ich mich entschuldigen. Für mich war dieses Jahr äusserst interessant, bereichernd und unvergesslich.

Mit diesen Worten stelle ich die heutige Session unter den Machtschutz Gottes.

Grossratspräsidentin
Theres Durrer

Zuviel Polizei im sichersten Kanton?

Geschäftsberichte der Verwaltung und der Gerichte – kurze Diskussion

Dem Grossen Rat wurden erstmals zwei separate Berichte vorgelegt. Jener der Gerichte war bisher nur als Anhang im Geschäftsbericht der Verwaltung angelegt. Neu umfasst er erstmals 146 Seiten. Diskutiert wurde wenig.

Rolf Rechsteiner

In einer kurzen Einführung gratulierte Landammann Roland Dähler zunächst dem Grossratspräsidenten und allen Neugewählten und wünschte viel Freude im Amt. Mit dem Dank an Departemente und Verwaltung für das Erstellen der sehr ausführlichen Berichte gab er diese zur Diskussion frei.

Da stimmt was nicht

Reto Inauen, Appenzell, legte ein Augenmerk auf die Kantonspolizei. Er stellte fest, dass 2021 die Anzahl der Geschwindigkeitskontrollen im Vergleich zum Vorjahr um 30 Prozent auf 168 Einheiten zugenommen haben. Daraus resultiert habe ein Wachstum bei den Ordnungsbussen um immerhin sieben Prozent.

Der Grosse Rat habe einer Aufstockung des Stellenetats zugestimmt, aber sicher nicht, um eine solche Entwicklung zu befördern. Der Antrag um mehr Personal sei mit einem drohenden Qualitätsmangel begründet worden, der sich zu einem Sicherheitsrisiko ausweiten könnte. Innerrhoden gelte als sicherster Kanton der Schweiz, betonte Inauen. Es sei deshalb nicht angebracht, einen Überwachungsstaat zu etablieren. Zudem sei die Durchführung unnötiger Verkehrskontrollen dem Tourismus nicht förderlich. Letztlich rege sich auch Unmut bei den Einheimischen. Der angesprochene Landesführer, Jakob Signer, räumte ein, den



Reto Inauen wehrte sich gegen einen «Überwachungsstaat».

(Bild: Hans Ulrich Gantenbein)

Sachverhalt nicht aus dem Stegreif erklären zu können. Er versprach Abklärungen bis zur nächsten Session, betonte aber, er persönlich habe keinerlei Einfluss auf die Kontrollintervalle, und er habe keine Budgetvorgabe gesetzt, die zu erfüllen wäre.

Ebenfalls schuldig bleiben musste Landammann Roland Inauen die Antwort auf eine Frage von Reto Inauen. Letzterem war aufgefallen, dass unter dem Titel «Massnahmen aufgrund der schulpädagogischen Abklärung/Beratung» die Beratungen von Eltern und Lehrpersonen von 24 im Jahr 2020 auf deren 95 im Berichtsjahr hochgeschwungen sind.

Heilpädagogische Früherziehung

Die neu gewählte Präsidentin der SoKo, Karin Inauen-Mäder, wollte Auskunft über die Zukunft der Heilpädagogischen Früherziehung. Sie hatte im Bericht entdeckt, dass ein Zusammenarbeitsvertrag zwischen beiden Appenzell einvernehmlich

aufgehoben worden ist. Der Erziehungsdirektor führte aus, das sei der Not gehorchend geschehen, weil es immer mal wieder an fachkompetentem Personal gefehlt habe. Innerrhoden habe einen bescheidenen Bedarf, der sich mittels freischaffender Heilpädagoginnen teilweise befriedigen lasse.

Für schwere Fälle werde direkt mit entsprechenden Institutionen zusammengearbeitet. Als Beispiele nannte er die Stiftung Kronbühl und die Stiftung für Wahrnehmung in St.Gallen. Der Erstkontakt für betroffene Eltern laufe über die Mütter-/Väterberatung. Es sei unausweichlich, dass Behandlungen in der jeweiligen Institution erfolgen müssen. «Wir wollen in jedem Fall die bestmögliche Behandlung», betonte Roland Inauen.

Stellenausschreibungen

Reto Inauen, Appenzell, kritisierte die eher unpersönliche Form der Stellenausschreibungen seitens des Kantons. Dies weil er dem Geschäftsbericht entnommen hatte, dass die Anzahl Bewerbungen von 755 im Vorjahr auf deren 448 im Jahr 2021 geschrumpft seien. Dies lasse sich durch den um sich greifenden Fachkräftemangel wohl nur zum Teil erklären.

Er regte an, man möge in den Stelleninseraten erwähnen, weshalb die Ausschreibung erfolgt. Es gelte als kundenfreundlich und bürgernah, wenn man erfährt, ob die Stelle infolge Pensionierung, zur Verstärkung des Teams oder aus anderen Gründen frei geworden sei. Säckelmeister Ruedi Eberle beschied ihm, man habe sich im Bereich der höheren Kader für Kurzmeldungen in der Presse entschieden und wolle an dieser Praxis festhalten. Reto Inauen signalisierte Unzufriedenheit mit dieser Antwort.

Der Geschäftsbericht der Gerichte wurde kommentarlos zur Kenntnis genommen.

«Innerrhoden gilt als sicherster Kanton. Es ist deshalb nicht angebracht, einen Überwachungsstaat zu etablieren.»

Reto Inauen
Grossrat Appenzell

Kanton hilft Stiftung Kloster Maria der Engel

(tm) Die Stiftung Kloster Maria der Engel Appenzell ist statutarisch verpflichtet, das Klostergebäude zu erhalten und die Voraussetzungen zu schaffen, damit eine Gemeinschaft mit spiritueller Zielsetzung das Klostergebäude dereinst wieder beziehen könnte. Um diesen Auftrag zu erfüllen, muss das Kloster samt Anbauten saniert werden.

Der Finanzbedarf beläuft sich dabei auf Stand Mai 2021 auf zehn Millionen Franken. Gemäss Grossrat Romeo Premierlani (Schwende-Rüte) sei heute teurer bedingt allerdings eher mit zehn bis zwölf Millionen Franken zu rechnen. Ein grosser Teil des Gebäudekomplexes sei Stiftungsgut und könne daher nicht belehnt werden, weshalb keine Hypotheken zur Finanzierung aufgenommen werden können. 2021 hat der Stiftungsrat der Stiftung Kloster Maria der Engel daher den Kanton Appenzell Innerrhoden um einen Beitrag von 1,5 Millionen Franken ersucht.

Die Ständekommission beantragt dem Grossrat als Stützungspaket einerseits, auf Steuern und Gebühren aus dem Verkauf des Schulhauses Chlos zu verzichten – es geht um insgesamt 284 000 Franken. Andererseits schlägt er dem Grossrat die Gewährung eines zinslosen Darlehens für den Umbau des Mädchenschulhauses vor. Der Verzicht auf den Darlehenszins von zwei Prozent während 30 Jahren entspricht einem Spendenäquivalent von rund Fr. 570 000 Franken, wobei 366 000 Franken auf den Kanton und 204 000 Franken auf die Stiftung Pro Innerrhoden fallen.

Die insgesamt 650 000 Franken werden ohne Gegenstimme bewilligt. Berücksichtigt man die Beteiligung des Kantons im Zusammenhang mit der Spende des Klosters Grimmenstein, sollten sich die Erwartungen der Stiftung Maria der Engel erfüllen.